

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 1204 DB
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 848 pbbn d

Inhalt

Eugen Glombig MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, wendet sich gegen buchhalterisches Kürzungsdenken: Den sozialpolitischen Notwendigkeiten gerecht werden. Seite 1

Helmut Rothemund MdL zum Plan der CSU, den US-Präsidenten zur Hauptfigur im bayerischen Wahlkampf zu machen: Künstliche Polarisierung. Seite 3

Helmut Kasimier MdL: CDU-Ministerpräsident Albrecht schöpft die Finanzmöglichkeiten nicht aus. Seite 4

Margitta Terborg MdB/
Dieter Auch MdB: Die Arbeit des Deutschen Krebsforschungszentrums konsolidiert. Seite 5

Helga Schmedt MdB unterstreicht die Notwendigkeit der Wohngeldleistungen: Erhebliche Steigerung. Seite 6

Dokumentation

Entschließung der SPD-Bundestagsfraktion aus Anlaß des Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan. Seite 8

37. Jahrgang / 108

9. Juni 1982

Gegen buchhalterisches Kürzungsdenken

Den sozialpolitischen Notwendigkeiten gerecht werden

Von Eugen Glombig MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Für eine "Abmagerungskur" bei der Sozialgesetzgebung hat sich der CDU-Sozialpolitiker Heinz Franke eingesetzt. Er steht mit seiner Forderung nicht allein, sondern er schlägt Töne an, die derzeit von verschiedener Seite zu vernehmen sind.

Wie ist dies alles anders zu verstehen, denn als rethorische Vorbereitung für weitere Einschnitte ins soziale Netz? Ganz offensichtlich gibt es starke Kräfte, die in der Operation '82 von vornherein den Auftakt zu einer unabsehbaren Folge weiterer jeweils kurzfristiger und überfallartiger Sparaktionen gesehen haben. Das ist genau das, wovor die sozialdemokratischen Sozialpolitiker immer gewarnt haben.

Es sollen keine Mißverständnisse aufkommen: Zweifellos zwingt uns die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, in der Sozialpolitik sehr strenge Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten zu nehmen und das Verhältnis von Sozialpolitikern einerseits und Wirtschafts- und Finanzpolitik andererseits neu zu überdenken. Wir müssen mit der Belastbarkeit der Erwerbstätigen pfleglicher umgehen.

Wir müssen klare Prioritäten setzen, die Mittel umschichten, gezielter einsetzen und uns auf das Notwendige und Angemessene konzentrieren. Nicht mehr gerechtfertigte Leistungen müssen preisgegeben werden. Kostensteigerungen müssen eingedämmt, und Mißbrauch muß energisch bekämpft werden. Wir brauchen also unter veränderten ökonomischen

Rahmenbedingungen auch eine neue sozialpolitische Orientierung. Auch den Sozialpolitikern ist klar, daß das soziale Sicherungssystem umfassend reformiert, rationalisiert und gerechter werden muß.

Eine neue sozialpolitische Konzeption muß aber auch in sich durchdacht und sozial ausgewogen sein. Sie darf nicht nur wirtschafts- und haushaltspolitischen, sie muß auch sozial- und verteilungspolitischen Notwendigkeiten gerecht werden. Was wir am wenigsten brauchen könnten, wären Streichaktionen, die von buchhalterischem Kürzungsdenken geprägt sind und unter Zeitdruck vollzogen werden, denen weder eine vorausschauende Analyse noch eine klare und sozial verantwortbare Prioritätensetzung zugrunde liegt.

Gewiß ist es nicht möglich, den Kurs der globalen Sozialleistungsexpansion fortzusetzen; was der Sozialstaat künftig leisten kann und weiterhin leisten muß, bedarf einer neuen Definition. Aber man darf nicht in das falsche Extrem fallen und sozial- und verteilungspolitische Aspekte völlig den - teilweise selbstgeschaffenen - wirtschafts- und finanzpolitischen "Sachzwängen" unterordnen und sich nur an kurzfristigen haushaltstechnischen Erwägungen orientieren. Auch und gerade in schwierigen Zeiten bedarf es der Sensibilität, für soziale Notlagen, für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, für Verteilungsproportionen und nicht zuletzt für die möglichen Vertrauensschäden, die pausenlose Werkelei am sozialen Netz auf die Dauer haben müßte.

Noch ist es für die sozialliberale Koalition nicht zu spät, zu sozialpolitischen Lösungen zu kommen, die nicht nur wirtschafts- und haushaltspolitisch machbar, sondern auch sozial verantwortbar und geeignet sind, Vertrauen und Sicherheit zu schaffen. Trotz unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Herkunft beider Koalitionsparteien ist eine gemeinsame Konzeption möglich, wenn nur der Wille vorhanden ist, die ständigen Auseinandersetzungen um verfestigte Positionen zu beenden, die Kette einander ablösender konzeptionsloser Sparaktionen zu durchbrechen und sich auf ein längerfristig tragfähiges Konzept zu einigen.

Die Sozialpolitiker der SPD sind sich bewußt, daß dies von ihnen auch Opfer und schmerzliche Abstriche von eigenen Vorstellungen verlangen würde. Das wäre aber hinzunehmen unter der - allerdings unverzichtbaren - Voraussetzung, daß damit der weitere sozialpolitische Kurs der Koalition eindeutig festgelegt wird und weitere Einschnitte in das soziale Netz zum Zwecke der Haushaltssanierung ausgeschlossen sind. Es muß Klarheit geschaffen werden, was zukünftig leistbar ist und was nicht; dies muß dann aber auch gleichzeitig eine politische Garantie für das Leistungsniveau des Sozialstaates sein.

Unter diesen Voraussetzungen ließe sich über vieles reden. Es müßte möglich sein, den Anstieg der Sozialausgaben zu verringern, vorausgesetzt dies geschieht nach einem vernünftigen längerfristigen Konzept, ohne Tabuisierung von Privilegien, unter Schonung der sozial Schwachen, ohne Hin- und Herschieben zwischen den verschiedenen Kassen und Töpfen, bei ausgewogener Belastung von Sozialleistungsempfängern, Steuer- und Beitragszahlern, kurzum nach den Grundsätzen der Solidität und Solidarität.

Wird ein solcher Versuch gemacht, so ist der Erfolg selbstverständlich nicht automatisch garantiert. Aber hier etwas zu wagen, ist besser als den Weg fortzusetzen, der mit dem letzten Haushaltsstrukturgesetz eingeschlagen worden ist. Auch der sozialliberalen Koalition könnte es neuen Schwung und neue Erfolgserlebnisse verschaffen, könnte sie sich aus der Verkrampfung in zahllosen Einzelstreitfragen lösen und noch einmal einen Anlauf zu einer wirklich gestaltenden Politik machen.

(-/9.6.1982/ks/ca)

+ + +



Künstliche Polarisierung

Ein amerikanischer Präsident Hauptfigur im bayerischen Wahlkampf?

von Dr. Helmut Rothemund MdL

Vorsitzender der bayerischen SPD und der SPD-Landtagsfraktion

Als CSU-Generalsekretär Stoiber im vergangenen März ankündigte, seine Partei wolle das Verhältnis zu den USA zum Schwerpunkt im bayerischen Wahlkampf machen, hielt ich das zunächst für einen der bekannten mißlungenen Stoiber-Scherze. Denn eine bayerische Partei kann doch wohl nicht im Ernst einen amerikanischen Präsidenten zur Hauptfigur in einem bayerischen Wahlkampf machen. Ich bin sicher, daß eine solche Verfremdung bayerischer Politik von den Bürgern nicht verstanden und gelinde gesagt als komisch empfunden wird. Für die zusätzliche Stoiber-Aussage, die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien noch wichtiger als die Sicherheit der Arbeitsplätze, werden sich die 260.000 Arbeitslosen in Bayern und die vielen, die um ihren Arbeitsplatz bangen, schön bedanken.

Wie sich die CSU diesen amerikanischen Wahlkampfschwerpunkt vorstellt, hat Strauß bereits bei seinem kürzlichen USA-Besuch gezeigt, als er den Präsidenten Reagan würdelos hofierte und sich nicht scheute, im Ausland über die deutsche Regierung heranzuziehen. Nunmehr also hat die CSU mit ihrer Kundgebung am Samstag, die ausdrücklich als Teil ihres Wahlparteitags deklariert war, tatsächlich ihren Versuch fortgesetzt, Bayern sozusagen mit den USA zuzudecken. Die Sozialdemokraten und mit ihnen viele andere Bürger können darüber nur den Kopf schütteln.

Selbstverständlich bleibt es der CSU unbenommen, für oder gegen was auch immer zu demonstrieren und Kundgebungen abzuhalten. In diesem Falle muß aber doch gefragt werden, für was eigentlich am Samstag demonstriert wurde. Genau besehen für etwas bei den großen demokratischen Parteien Unumstrittenes, nämlich für die Erhaltung des westlichen Bündnisses, wozu auch die Freundschaft mit den USA gehört. Die CSU konstruiert jedoch in diesem Bereich Gegensätze und schafft damit eine unnötige künstliche Polarisierung.

Allerdings ist die SPD anders als die CSU nicht bereit, gegenüber den USA in völliger Kritiklosigkeit zu verharren. Nach Auffassung der Sozialdemokraten ist es Pflicht jeder deutschen Regierung, auch gegenüber dem Partner USA deutlich zu machen, daß langfristig nicht Aufrüstung den Frieden sichert, wie es manche CSU-Politiker meinen, sondern Abrüstungsverhandlungen unabdingbar sind.

Die CSU versucht mit ihrer Wahlkampfagitiation jeden, der dem amerikanischen Präsidenten nicht vorbehaltlos zujubelt, in eine anti-amerikanische Ecke zu stellen. Die CSU dient damit weder deutschen Interessen noch der Friedenssicherung.

Die Sozialdemokraten werden der CSU in diese Sackgasse nicht folgen, sondern für eine selbstbewußte, an deutschen Interessen orientierte Politik auch gegenüber dem Partner USA eintreten. Wenn die CSU sich als bayerische Filiale Washingtons profilieren will, ist das ihre Sache.

Die Sozialdemokraten werden gleichwohl diejenigen Themen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes stellen, die den Bürger interessieren. Dazu gehört selbstverständlich an vorderster Stelle die Sicherung der Arbeitsplätze. Dazu gehört auch die Sicherung und Erweiterung der Rechte der Bürger. Immer mehr Bürger werden sich fragen, ob der Freistaat Bayern bei einer derartig fremdorientierten CSU in guten Händen ist.

(-19.6.1982/ks/ca)

+ + +



Albrecht's Blöße

Der CDU-Ministerpräsident schöpft die Finanzmöglichkeiten nicht aus

Von Helmut Kasimier MdL

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Die Diskussion um die Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern und die Neuordnung des Finanzausgleichs kommt in eine entscheidende Phase. Am Dienstag hat Ministerpräsident Albrecht mitgeteilt, wie er und seine Kollegen aus den unionsregierten Ländern sich eine Lösung vorstellen. Albrecht ist bereit, von 1983 an ein Drittel der Einnahmen des Landes aus dem Förderzins von Erdöl und Erdgas in den horizontalen Finanzausgleich der Länder einzubringen. Das sind bei dem gegenwärtigen Förderzins und der gegenwärtigen Fördermenge rund 550 Millionen DM. Vom Bund fordern die unionsregierten Länder, daß der Umsatzsteueranteil der Länder von 32,5 Prozent auf 34,5 Prozent erhöht wird, daß der Bund die sogenannte "Kinder-geldmilliarde" an die Länder zurückzahlt und daß die Bundesergänzungszuweisungen für die Länder unverändert erhalten bleiben. Gleichzeitig teilt Albrecht mit, daß er eine Erhöhung des Förderzinses von derzeit 32 Prozent auf 36 Prozent ab 1. Januar 1983 erwägt. Sicherlich haben die unionsregierten Länder hier Vorschläge vorgelegt, die auch bei den sozialdemokratisch regierten Ländern auf Wohlwollen stoßen werden, wengleich sie erkennbar auf Kosten des Bundes gehen sollen. In einem Punkt gibt sich Herr Albrecht aber eine Blöße. Wer gegenüber dem Bund massive Forderungen erhebt, kann dies glaubwürdig nur tun, wenn er selbst die eigenen finanzpolitischen Möglichkeiten voll ausschöpft. Gerade dies aber tut die Landesregierung beim Förderzins nicht und beabsichtigt offensichtlich, dies auch nicht in nächster Zeit zu tun.

Der Bund hat durch Beschluß des Bundestages und Billigung des Bundesrates dem Land die Möglichkeit eingeräumt, bis zu 40 Prozent des Marktwertes des hier geförderten Erdöls und Erdgases als Förderzins zu erheben. Niedersachsen erhebt im Jahre 1982 lediglich 32 Prozent. Ein Förderzins von 40 Prozent hätte im Jahre 1982 rund 400 Millionen DM in die Kassen des Landes gebracht, die dringend für öffentliche Investitionen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit benötigt werden. Das immer wieder verbreitete Argument der Landesregierung, mit 32 Prozent Förderzins seien die fördernden Unternehmen schon überbeansprucht, ist wohl kaum haltbar. Dies wird deutlich an der Ankündigung des Ministerpräsidenten, den Förderzins eventuell doch schrittweise anzuheben.

Noch deutlicher widerlegt wird er aber durch jetzt bekannt gewordene Bilanzen der Unternehmen. So kann die Deutsche Texaco eine Dividende von 33 Prozent ausschütten und hat aufgrund ihrer ungewöhnlich hohen Liquidität einen bedeutenden Zinsgewinn in ihren Bilanzen verbucht. Die SPD-Landtagsfraktion fordert deshalb die volle Ausschöpfung des Bundesberggesetzes und die Erhöhung des Förderzinses auf 40 Prozent, spätestens zum 1. Januar 1983.
(-/9.6.1982/ks/ca)

+ + +



Voraussetzungen geschaffen

Die Arbeit des Deutschen Krebsforschungszentrums konsolidiert

Von Margitta Terborg MdB und Dieter Auch MdB

Mitglieder im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Um die Effektivität der Forschungsarbeit im Deutschen Krebsforschungszentrum zu verbessern und organisatorische Hemmnisse zu beseitigen, die die Arbeit dort bisher behindert haben, hat die SPD im Anschluß an eine Anhörung von Wissenschaftlern und Mitarbeitern dieser Großforschungseinrichtung im November vorigen Jahres eine Reihe von Forderungen gestellt. So sollten künftig

- die Forschungsmittel innerhalb des Zentrums nach wissenschaftlicher Leistung verteilt,
- Forschungs- und Entwicklungsvorhaben durch externe unabhängige Wissenschaftler regelmäßig überprüft,
- Leitungsfunktionen auf Zeit wahrgenommen und nach Zeitverträgen dotiert werden und
- der Klinikbetrieb des Zentrums in Arbeitsteilung mit nahe gelegenen Spezialkliniken erfolgen.

Als verantwortliche Regierungen hatten der Bundesminister für Forschung und Technologie gemeinsam mit dem baden-württembergischen Minister für Wissenschaft und Kunst eine internationale Wissenschaftlerkommission unter dem Vorsitz von Sir Michael Stoker aus Cambridge berufen, um Vorschläge für die künftige Ausrichtung und Arbeit des Zentrums auszuarbeiten. Die Kommission hat im Februar dieses Jahres ihr Gutachten vorgelegt, das am 26. Mai 1982 Gegenstand einer Anhörung im Forschungsausschuß war.

Die Wissenschaftler, Mitarbeiter und Mitglieder der Aufsichtsgremien konnten bei diesem Hearing zusagen, daß eine weitere Umorientierung in der Organisation des Zentrums erfolgen werde. Zugleich versuchten sie deutlich zu machen, daß die Kritik des Stoker-Gutachtens hinsichtlich der Leistungen des Zentrums nicht in allen Punkten zuträfe. Über diese Punkte muß jedoch bis Juni dieses Jahres noch gesondert beraten werden.

Darüber hinaus wurde versichert, daß das Betriebsklima sich entspannt habe und bessere Arbeitsbedingungen sich herauszubilden beginnen, wenn auch die Möglichkeiten der Mitbestimmung durch die besonderen baden-württembergischen Modalitäten der Personalvertretung nur wenig Spielraum ließen.

Bei einigen, auch politisch wichtigen Initiativen, wie den Vorarbeiten für ein Krebsregister, war das Zentrum unmittelbar und aktiv beteiligt. Daß das Krebsregister bisher nicht hat eingerichtet werden können, ist nicht dem Zentrum anzulasten.

Das Stoker-Gutachten hat die meisten Vorschläge, die von der SPD-Fraktion im November vorigen Jahres gemacht worden sind, aufgenommen und sie mit zur Grundlage der Empfehlungen für die Neuorganisation des Zentrums gemacht. Zwei Punkte jedoch bleiben noch offen. Von der Kommission war einmal erwartet worden, daß sie über die organisatorische Neuordnung des Zentrums hinaus auch Vorschläge für eine inhaltliche Neubestimmung der Arbeit vorlegen werde. Hierzu hat die Kommission zwar ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, sich jedoch darüber hinaus konkret nicht geäußert. Inhaltliche Fragen, wie neue oder alternative Forschungsansätze gefunden und eine Neuorganisation der Institute angegangen werden kann, sind nach wie vor offen.

Zum anderen war von der SPD vorgeschlagen worden, daß Leitungsfunktionen, und zwar vom Abteilungsleiter an aufwärts, auf Zeit wahrgenommen und nach Zeitverträgen dotiert werden sollen. Dieser Vorschlag ist sowohl von der Kommission, wie von den beteiligten Regierungen bisher nicht aufgegriffen worden. Er sollte daher von den Verantwortlichen erneut geprüft und im Ausschuß für Forschung und Technologie erörtert werden.

Insgesamt hat sich gezeigt, daß durch die organisatorischen Neuansätze und die Berufung eines neuen Vorstandes für das Zentrum die Voraussetzungen für eine Verbesserung des Forschungsklimas an dieser wichtigen Forschungseinrichtung geschaffen und die Konsolidierungsphase für eine kontinuierliche Arbeit begonnen werden konnte.

+ + +

(-/9.6.1982/ks/ca)

Erhebliche Steigerung

Soziale Situation der Mieter unterstreicht die Notwendigkeit der Wohngeldleistungen

Von Helga Schmedt MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Raumordnung und Städtebau

Aus dem Mietenbericht 1981 geht deutlich hervor, daß die Wohnungsmieten im Berichtszeitraum von 1979 bis 1981 deutlich angestiegen sind. Der allgemeine Mietindex ist im Jahre 1979 um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. 1980 war eine Steigerung des Mietindex um 5,1 Prozent zu verzeichnen.

1981 stiegen die Mieten langsamer als das Preisniveau für die gesamte Lebenshaltung. Während sich der Mietanstieg in den ersten zehn Monaten 1981 auf einem Niveau von etwas über vier Prozent stabilisierte, verteuerte sich die Lebenshaltung um insgesamt 5,8 Prozent. Im freifinanzierten Wohnungsbau ist der Mietanstieg ab Mitte 1979 beschleunigt verlaufen.

Die Ergebnisse einer Untersuchung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau machen deutlich: Mieten für erstmals vermietete Wohnungen (Bruttokaltmiete) betragen in Großstädten pro Quadratmeter Wohnfläche cirka zehn DM. Diese Preise nehmen mit zunehmender Verdichtung zu. Bei abnehmender Verdichtung fällt das Mietniveau für erstmals vermietete Wohnungen. Im freifinanzierten Wohnungsbau haben sich wegen des hohen Zinsniveaus Marktbedingungen ab 1979 verschlechtert. Laut Statistik liegen die erzielbaren Mieten bei Erstvermietung bei nur 60 Prozent der Gesamtkosten.

Für Sozialwohnungen stieg der Mietindex 1980 um 6,1 Prozent. Mit Jahresbeginn 1981 lag die Zuwachsrate der Mieten für Sozialwohnungen bei etwa vier Prozent. Bei Altbauwohnungen liegt der Mietindex relativ niedrig. Wohngeldempfänger zahlen für Altbauwohnungen im Durchschnitt Mieten von 3,99 DM pro Quadratmeter, in weniger gut ausgestatteten Altbauwohnungen nur 3,03 bis 3,68 DM pro Quadratmeter.

Folgende Regelungen waren für die Mietentwicklung im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauländergesetz 1980 von Bedeutung:

- Die Aufhebung der Mietobergrenze von 0,30 DM je Quadratmeter Wohnfläche für die Förderungsjahrgänge 1960 bis 1982, so daß eine uneingeschränkte Anhebung des Zinssatzes bis vier Prozent erfolgen kann.
- Die Ermächtigung der Länder, Zinsanhebungen durchzuführen für weitere Förderungsjahrgänge unter Begrenzung der wahrorientierten Miethöchstbeträge.

Die Länder haben ab 1970 bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus zunehmend degressive Subventionsformen eingeführt. Bis 1980 haben die Länder Nachsubventionierungen für rund 210.000 Wohnungen durchgeführt und hierfür zusätzliche Förderungsmittel von 300 Millionen DM bereitgestellt.

In neun von elf Bundesländern wurden im Zeitraum 1979/80 die Mietobergrenzen angehoben. Diese schwanken zwischen 4,20 DM und 6,50 DM je Quadratmeter und Monat. Für das Förderungsjahr 1981 ist eine Bewilligungsmiete von um sechs DM typisch. Sie liegt damit um zirka 0,80 DM je Quadratmeter und Monat über dem Vorjahr. In den Ländern, in denen die Mietobergrenze angehoben wurde, lag die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt bei 0,55 DM je Quadratmeter und Monat. Diese Bewilligungsmieten werden durch die Miethöchstbeträge des Wohngeldgesetzes abgedeckt.

Zu den Auswirkungen der am 1. Januar 1981 in Kraft getretenen Fünften Wohngeldnovelle nachfolgende Kurzfassung:

- Die Gesamtausgaben für das Wohngeld betragen im Jahre 1980 1.829,7 Millionen DM.



- Die Zahl der Wohngeldempfänger war 1980 etwa so hoch wie 1977. 1980 bezogen sieben Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik Wohngeld.
- Der durchschnittliche Mietzuschuß betrug 85 DM.
- Im Vergleich zu 1977 war der durchschnittliche Mietzuschuß im Jahr 1980 um 23 Prozent und der Lastenzuschuß um neun Prozent höher.
- 1980 waren 82 Prozent aller Wohngeldempfänger Ein- und Zwei-Personenhaushalte.
- 14 Prozent aller Wohngeldempfänger waren 1980 erwerbstätig.
- Zwei Drittel aller Wohngeldempfänger waren Rentner und Pensionäre.
- Damit bezogen 1980 12,6 Prozent aller Haushalte von Rentnern und Pensionären Wohngeld.
- Die Zahl der Studenten unter den Wohngeldempfängern ist von 13.000 Empfängerhaushalten im Jahre 1978 auf 25.000 im Jahre 1980 angestiegen. Mit Inkrafttreten der 5. Wohngeldnovelle hat ein großer Teil der Studenten die Wohngeldberechtigung verloren.
- Zugenommen hat dagegen die Zahl der arbeitslosen Wohngeldempfänger. 1978 waren es 38.500, die Zahl ist 1980 auf 57.300 angestiegen.

Zu den nach Paragraph 12 a bis 16 WoGG bestehenden Sondervergünstigungen für bestimmte Personengruppen ist von Bedeutung:

- Die Nichtanrechnung von Einnahmen (Grundrenten an Beschädigte sowie an Witwen und Waisen). Für diesen Personenkreis wird monatlich ein Durchschnittsbetrag von 304 beziehungsweise 402 DM als Nichteinnahme gewertet. Diese Vergünstigung führt zu erheblich erhöhten Wohngeldleistungen.
- Die durchschnittliche Miete und (bei Wohneigentum) Belastung der Wohngeldempfänger aller Haushaltsgrößen betrug 1980 72 DM pro Monat, das durchschnittliche Wohngeld erreichte die Höhe von 86 DM pro Monat.

Zusammenfassung der Auswirkungen der 5. Wohngeldnovelle

Mit einem Gesamtvolumen von 1,212 Milliarden DM (50 Prozent Bundesanteil) ist der Haushaltsansatz für 1981 überschritten worden und es müßten 112 Millionen DM überplanmäßig in Anspruch genommen werden. Der Anstieg der Wohngeldleistungen ist überwiegend großen Familien und Alleinerziehenden mit Kindern zugute gekommen. Hiermit wird deutlich, daß die 5. Wohngeldnovelle das Ziel der Anpassung der Wohngeldleistungen an das gestiegene Einkommens- und Mietenniveau und einer stärkeren Begünstigung der großen Familien sowie der Alleinerziehenden mit Kindern erreicht hat.

Von 1977 bis 1980 sind die finanziellen Aufwendungen für die Durchführung des Wohngeldgesetzes um 18 Prozent auf 179 Millionen DM pro Jahr gestiegen, das sind etwa 9,8 Prozent der Wohngeldausgaben des Jahres 1980. Im angegebenen Berichtszeitraum sind die Verwaltungsaufwendungen im Einzelfall von 56,07 DM auf 67,38 DM angestiegen.

Die Bundesregierung stellt in Ihrem Bericht fest, daß den Vorschlägen für eine gesetzliche Regelung zur Vereinfachung des Verwaltungsvollzugs bei der Gewährung von Wohngeld an Bezieher von Sozialhilfe oder Kriegsofferfürsorge nicht gefolgt werden kann. Sie beabsichtigt zu prüfen, ob eine verstärkte Anwendung der in Teil A Nr. 18.13 der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum Wohngeldgesetz angebotenen Regelungen für die Zusammenarbeit von Wohngeld- und Sozialhilfebehörden möglich ist. (-/9.6.1982/hl/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat am Dienstagabend aus Anlaß des Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan nachstehende EntschlieÙung beschlossen:

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüÙt den Besuch des amerikanischen Präsidenten in Bonn und Berlin. Sie begrüÙt, daÙ der Präsident die Einladung angenommen hat, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Sie heiÙt Präsident Reagan als den Repräsentanten eines großen Volkes willkommen, dessen demokratischer Tradition wir viel verdanken.

Die Amerikaner haben im Zweiten Weltkrieg unter Einsatz des Lebens ihrer Soldaten entscheidend dazu beigetragen, Europa vom Faschismus zu befreien. Nach Ende des Krieges hat das amerikanische Volk durch unzählige Care-Pakete selbstlose Hilfe gegen Hungersnot geleistet. Durch den Marshall-Plan wurde unser rascher Wiederaufbau ermöglicht. Seit drei Jahrzehnten bürgen die Amerikaner mit ihrer eigenen Existenz für Freiheit und Sicherheit Westeuropas. Dadurch ist eine dauerhafte Freundschaft zwischen unseren Völkern begründet worden.

AnlaÙ des Besuchs des amerikanischen Präsidenten ist die Bonner NATO-Tagung. Dem seit drei Jahrzehnten bestehenden Bündnis verdanken wir in einer gefährvollen Zeit die längste Friedensperiode in der Geschichte Europas. In der NATO als einem Bündnis demokratischer Staaten hat es zu allen Zeiten Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen gegeben. Auch heute sind wir keineswegs mit allen amerikanischen Vorschlägen oder gar mit allen ÄuÙerungen, die aus Washington kommen, einverstanden. Umgekehrt gilt dasselbe. Die Grundlage gemeinsamer Wertvorstellungen und gemeinsamer Lebensinteressen wird davon heute so wenig berührt wie früher.

Im Zentrum unserer Politik steht die Verhinderung von Krieg und die Schaffung einer wirksamen Friedensordnung. Die Bundesrepublik hat dazu im Rahmen des Bündnisses mit ihrer Ost- und Entspannungspolitik einen wesentlichen Beitrag geleistet. Die Aufgabe der Friedenserhaltung unter Berücksichtigung der besonderen Lage Deutschlands läÙt uns an dieser Bündnispolitik festhalten. Wir werden auch in Zukunft um den Abbau von Spannungen bei Aufrechterhaltung eines militärischen Gleichgewichts ringen.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion begrüÙt die im November vergangenen Jahres aufgenommenen Verhandlungen über euro-strategische Waffen. Diese Verhandlungen müssen zu einem guten Ende geführt werden. Sie begrüÙt die erklärte Bereitschaft der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zur Wiederaufnahme von Abrüstungsverhandlungen über strategische Waffen. Sie strebt den baldigen AbschluÙ eines ersten MBFR-Vertrages und die Einberufung einer Konferenz für Abrüstung in Europa an.

Die Furcht vor einem Nuklear-Krieg hat in der Bundesrepublik eine Friedensbewegung entstehen lassen. Sie wird zu Unrecht als anti-amerikanisch verdächtigt. Ihre große Mehrheit handelt aus den gleichen Ängsten und Hoffnungen wie die Friedensbewegung in Amerika. Verschiedene in ihren Auswirkungen auf Europa nicht hinreichend bedachte ÄuÙerungen aus den Vereinigten Staaten haben Unsicherheit erzeugt und diese Ängste im vergangenen Jahr noch verstärkt. Diese Sorgen wollen die Gruppen der deutschen Friedensbewegung gegenüber dem amerikanischen Präsidenten als dem mächtigsten Mann im westlichen Bündnis zum Ausdruck bringen, ebenso ihre - in manchen von uns geteilten - Bedenken - hinsichtlich der amerikanischen Umweltpolitik und der amerikanischen Politik gegenüber der Dritten Welt. Auch dies unterscheldet die deutsche Friedensbewegung nicht von entsprechenden Gruppen und Bewegungen in den USA.

Wir bitten den amerikanischen Präsidenten, in den Bekundungen dieser Gruppen einen Ausdruck der Lebendigkeit unserer Demokratie zu sehen.

Wir bitten die Gruppen der Friedensbewegung, in der Form Ihrer Demonstration Präsident Reagan den Respekt zu bekunden, der ihm als frei gewähltem Repräsentanten des amerikanischen Volkes und als Gast unseres Landes gebührt.

(-/9.6.1982/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

